

Es gilt das gesprochene Wort!

TOP 27 – Strategie 2012 der Landespolizei

Dazu sagt der Vorsitzende der
Fraktion Bündnis 90/Die Grünen,

Karl-Martin Hentschel:

**Fraktion im Landtag
Schleswig-Holstein**

Pressesprecherin
Claudia Jacob

Landeshaus
Düsternbrooker Weg 70
24105 Kiel

Durchwahl: 0431/988-1503

Zentrale: 0431/988-1500

Telefax: 0431/988-1501

Mobil: 0172/541 83 53

E-Mail: presse@gruene.ltsh.de

Internet: www.sh.gruene-fraktion.de

Nr. 520.07 / 13.12.2007

Strategie wirft Fragen auf

Der Text „Strategie 2012“ der Landespolizei stammt vom Dezember 2006. Wieso das Papier jetzt soviel Aufregung verursacht, ist aus dem Papier selbst nicht ersichtlich. Denn das Papier benennt lediglich allgemeine Kriterien für die Weiterentwicklung der Polizeiarbeit in Schleswig-Holstein.

Unbestritten ist, dass die Polizei großen Belastungen ausgesetzt ist. Deswegen wird seit Jahren über die strategische Weiterentwicklung der Aufgaben, der Strukturen, der Ausbildung und der Ausrüstung diskutiert. Mit der Polizeireform drei war es gelungen, über 150 Beamte aus der Polizeiverwaltung in den Dienst vor Ort zu verlagern. Entscheidend dafür war die Auflösung einer kompletten Ebene.

Bei der aktuellen Diskussion geht es erneut um eine Reihe von Fragen der Polizeiorganisation: Soll man die kleinen Polizeistationen auf dem Lande, die häufig nur aus wenigen Beamten bestehen und die deshalb sowieso nicht ständig besetzt sind, auflösen zu Gunsten größerer Reviere? Oder ist das Gesicht des Polizisten vor Ort von entscheidender psychologischer Bedeutung für die Sicherheit?

Sollen die Standorte der Kriminalpolizei stärker zusammengefasst werden, um die Qualität der Arbeit zu erhöhen? Oder ist es besser, wenn man darauf verzichtet und stattdessen mehr Ortskenntnis bei den Lagebesprechungen vorhanden ist? Gibt es noch weitere Einsparungsmöglichkeiten auf der Ebene der Landespolizei oder des Landeskriminalamtes oder in den Polizeidirektionen? In allen diesen Fällen gibt es gute Argumente dafür oder dagegen.

Meine Partei hat sich bekanntlich im Rahmen der Verwaltungsstrukturreformdiskussion für eine Zusammenfassung der Ämter und Gemeinden zu Größenordnungen von in der Regel 20 000 Einwohnern ausgesprochen.

Jede Gemeinde bzw. Amtsgemeinde soll dann Ansprechpartner für alle wesentlichen Aufgaben des Staates für die Bürger sein. Dabei wurde auch über die Polizei gesprochen. Unser Vorschlag war, dass dann auf dem Lande zu jedem Rathaus auch ein Polizeirevier gehören soll.

Eine solche Eins-zu-eins-Beziehung schafft klarere Strukturen für die BürgerInnen als die heutigen Strukturen, die häufig eher historisch gewachsen sind und weniger nach objektiven Notwendigkeiten begründet sind.

Es gibt aber sicher auch andere Gesichtspunkte, insbesondere wenn es vor Ort unterschiedliche Faktoren gibt, die für die Organisation eine Rolle spielen können. Zum Beispiel die Anwesenheit von vielen fremden Touristen im Sommer, sehr große räumliche Entfernungen, Insellagen und so weiter.

Ich plädiere deshalb dafür, diese Diskussion nicht aufgeregt zu führen, sondern den polizeiinternen Gremien erst mal die Zeit zu gönnen, Vorschläge zu erarbeiten. Dann kann auf einer sachlichen Grundlage die Diskussion geführt werden. Natürlich erwarten wir von der Polizei, dass sie sich neuen Herausforderungen stellt. Und natürlich können wir angesichts der Finanzlage des Landes nicht große Versprechungen machen.

Aber umgekehrt können die Polizei und die Bevölkerung von uns erwarten, dass wir die Diskussion sachlich führen und nicht populistische Diskussionen mitführen, bei denen Partialinteressen im Vordergrund stehen.
